
Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

Der Wochenbericht an die MfS- und SED-Führung für den Zeitraum vom 24. bis zum 30. Oktober 1989 deutete weitreichende politische Umwälzungen an. Die Volkskammer wählte Egon Krenz als Nachfolger für den zurückgetretenen Erich Honecker. Zentrales Thema des Berichtes war darüber hinaus die Ausreise tausender Bürger aus der DDR.

Seit den 70er Jahren fungierte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (ZAIG) als Schaltstelle der Geheimpolizei. Kernaufgaben dieser Dienst Einheit waren die Auswertung von Informationen und die Erarbeitung von Berichten und Materialien zur Information des Ministers sowie der Partei- und Staatsführung. Diese Tätigkeit ging auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zurück, der das MfS und die SED überrascht hatte.

Die ZAIG fertigte u.a. Wochenberichte an, welche die wichtigsten Ereignisse der vorangegangenen Tage für die Führung des Ministeriums und für die SED-Spitze zusammenfassten. Das vorliegende Dokument umfasst den Zeitraum vom 24. bis zum 30. Oktober 1989. Weitreichende politische Umwälzungen deuteten sich in dieser Berichtswoche an. Die Volkskammer wählte Egon Krenz als Nachfolger für den zurückgetretenen Erich Honecker. Er übernahm in Personalunion die Posten des Staatsratsvorsitzenden und des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates. Nur einen Tag später wurden auf der Montagsdemonstration in Leipzig Stimmen laut, welche die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit forderten.

Der vorliegende Wochenbericht beschäftigte sich eingehend mit den aus der DDR ausgereisten Bürgern und widmet auch den Rückkehrern unter ihnen besondere Aufmerksamkeit. Zudem informiert die ZAIG über ein neu auftretendes Phänomen: Gegen Parteifunktionäre richteten sich immer wieder anonyme oder pseudonyme Gewaltandrohungen. Den Anlass sehen die Verfasser im Vorgehen der Sicherungskräfte gegen Demonstranten am 7. und 8. Oktober 1989.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, BL 130-143

Metadaten

Dienst Einheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 30.10.1989
und Informationsgruppe

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe	Berlin, 30. Oktober 1989	
		BSU 000130
<u>WOCHENÜBERSICHT Nr. 44/89</u>		
<u>INHALTSÜBERSICHT:</u>		<u>Seite:</u>
Vorkommnisse des Anbringens von Losungen und Verbreitens von Zetteln in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR		2
Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen		3
Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nicht-sozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD bzw. Westberlin		4
Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft		7
<u>ANLAGEN:</u>		<u>Anlage:</u>
HINWEIS über politisch motivierte anonyme/pseudonyme Gewaltandrohungen		1
HINWEIS auf einen Suizidversuch der Ehefrau des [REDACTED] [REDACTED] in ihrem Wohnhaus in [REDACTED]		2
HINWEISE zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin		3
ÜBERSICHT zum Stand der Bearbeitung von Rückkehrwünschen ehemaliger DDR-Bürger (Zeitraum: 1. 1. bis 30. 10. 1989)		4

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 130-143

Blatt 130

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

BStU
000131
2

Vorkommnisse des Anbringens von Losungen und Verbreitens von Zetteln in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR

Im Vergleich zu den Vorwochen ist die Tendenz des Anfalls an derartigen Vorkommnissen stark rückläufig. Der ZAIG wurden im Berichtszeitraum (24. bis 30. Oktober 1989) insgesamt 45 (87)* solche Vorkommnisse bekannt, davon Anbringen von Losungen - 23 (48) sowie Verbreiten von Zetteln - 22 (39), die wiederum enthielten

- offene Sympathiebekundungen für das "Neue Forum", häufig verbunden mit Forderungen nach dessen Zulassung durch die zuständigen staatlichen Organe bzw. mit Forderungen nach Reformen in der DDR, mehr Menschenrechten, Reisefreiheit und Fortführung des "Dialogs mit Andersdenkenden" - 23 (42) Vorkommnisse;
- ohne Bezug zum "Neuen Forum" Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR, insbesondere bezogen auf mehr Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit für DDR-Bürger und nach "freien und geheimen Wahlen" - 9 (22) Vorkommnisse;
- hetzerische Äußerungen gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft - 5 (19) Vorkommnisse, wobei in 3 Fällen der neugewählte Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR persönlich angegriffen wurde (Beispiel: "Wahlbetrüger - Staatsoberhaupt");
- massive Angriffe gegen das MfS, verbunden mit Forderungen nach dessen Abschaffung - 3 (3) Vorkommnisse;
- Aufrufe zur Teilnahme an gewaltfreien Demonstrationen in der Hauptstadt am 4. und 19. November 1989, Frankfurt/Oder am 27. Oktober 1989, Neuhaus am Rennweg/Suhl am 31. Oktober 1989 und Guben/Cottbus am 2. November 1989 - 5 (-) Vorkommnisse.

Von den insgesamt 45 Vorkommnissen wurden lediglich 2 Vorkommnisse mit der Ermittlung von 2 Tätern (43, Technologe, Antragsteller; 29, Kraftfahrer - beide Sympathisanten des "Neuen Forums") geklärt.

Territoriale Schwerpunkte des Vorkommnisgeschehens waren der Bezirk Suhl mit 9 und die Bezirke Gera und Karl-Marx-Stadt mit je 7 Vorkommnissen.

* Klammerzahl bezieht sich auf die Vorwoche vom 17. bis 23. Oktober 1989

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, BL 130-143

Blatt 131

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

BStU
000132
3

Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen

Fahnenflucht

Am 26. Oktober 1989 kehrte ein Soldat der NVA (24, Zahntechniker, Medizinischer Dienst Jagdgeschwader-2 Trollenhagen, 3. LVD, LSK/LV) vom Urlaub nicht in seine Einheit zurück. Am 23. Oktober 1989 hatte er gemeinsam mit seiner Freundin und deren Bruder die elterliche Wohnung verlassen, um einige Tage Urlaub in Oberhof zu verbringen. Am 28. Oktober 1989 wurde bekannt, daß er sich in der Botschaft der BRD in Warschau aufhält, um seine ständige Ausreise nach der BRD zu erreichen.

Verhinderte Fahnenflucht

Am 23. Oktober 1989 erfolgte durch Angehörige der Grenztruppen der DDR in einem Waldgebiet bei Schmilka, Kreis Pirna die Festnahme eine Gefreiten in der Ausbildung (22, Koch, Berufsunteroffizier, Führungsorgan der Front- und Militärtransportfliegerkräfte, Jagdbomber-Geschwader-77 Laage, LSK/LV) beim Versuch, die Staatsgrenze der DDR zur CSSR ungesetzlich zu überschreiten. Er beabsichtigte, in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen, um seine ständige Ausreise nach der BRD zu erzwingen.

Die weiteren Untersuchungen führt der zuständige Militärstaatsanwalt der NVA.

Provokatorisch-demonstrative Handlungen

Am 28. Oktober 1989, gegen 6.00 Uhr betrat ein Soldat der NVA (22, Ausbildungszentrum-6 Heide, MB III) die evangelisch-lutherische Kirche in Lichtentanne, Kreis Zwickau, Bezirk Karl-Marx-Stadt, und erklärte demonstrativ, die Kirche nicht eher verlassen zu wollen, bis ihm zugesichert sei, seine eingegangene Verpflichtung für eine dreijährige Dienstzeit in der NVA auf den Grundwehrdienst zu reduzieren.

Durch das Wehrkreiskommando Zwickau wurde in Abstimmung mit dem zuständigen Truppenteil dieser Forderung entsprochen und die Entscheidung dem Soldaten übermittelt.

Daraufhin verließ der Soldat gegen 12.00 Uhr die o. g. Kirche.

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

BSTU
000133 4

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD bzw. Westberlin

Gesamtübersicht

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 insgesamt

ca. 15 600 Bürger der DDR

mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten. Davon haben

ca. 5 900 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter

ca. 5 600 Personen über die Ungarische Republik (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der Ungarischen Republik am 11. September 1989 nach Österreich ausgeschleusten Bürger auf ca. 48 200 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde;

200 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;

2 465 Personen ihre ständige Ausreise realisiert;

6 637 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt;

613 Personen versucht bzw. beabsichtigt, die DDR ungesetzlich zu verlassen.

Gegenwärtig halten sich 1 888 Bürger der DDR zur Erzwingung ihrer Ausreise in Botschaften der BRD in Warschau (1 825), Prag (60) und Sofia (3) auf.

Auf der Grundlage zentraler Entscheidungen wurden seit 16. Oktober 1989 1 404 Personen durch die DDR-Botschaft in Warschau und seit 26. Oktober 1989 184 Personen durch die DDR-Botschaft in Prag, nach Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, die ständige Ausreise in das nichtsozialistische Ausland genehmigt. Der überwiegende Teil dieser Personen ist bereits nach der BRD ausgereist.

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 konnten bisher 2 410 (Vorwoche 2 008) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

2 163 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 2 118 über die Ungarische Republik,

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 130-143

Blatt 133

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

BSTU
000134
5

187 Personen unter Mißbrauch von Privatreisen nach der BRD (147) bzw. Westberlin (29) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (11);

45 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;

8 Personen unter Mißbrauch von Dienstreisen;

5 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen;

2 Personen durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD.

Unter den Tätern befinden sich nach vorläufigen Erkenntnissen

42 Ärzte, darunter 9 Zahnärzte und 1 Tierarzt
40 Diplomingenieure/Ingenieure
13 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer
6 Diplomökonomen/Ingenieur-Ökonomen
5 wissenschaftliche Mitarbeiter/Assistenten
4 Konstrukteure
4 Projektanten/Technologen
67 Krankenschwestern, med.-techn. Assistentinnen
9 Krippenerzieherinnen/Kindergärtnerinnen
4 Pionierleiter/Mitarbeiter FDJ-Kreisleitung/FDJ-Sekretär
2 Abteilungsleiter
2 Offiziere des VEB DSR Rostock bzw. VEB Fischfang
29 Studenten

sowie je ein(e) Produktionsdirektor, Diplombiologe, Diplompharmazeutin, Diplomgeologe, Diplomphilologe, Diplompsychologe, Diplomhydrologe und Filmdramaturg.

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung von Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 28 Ärzte, darunter 8 Zahnärzte, u. a.:

Ein Oberarzt (44, Dr., Frauenklinik Gera, Antrag auf ständige Ausreise am 6. Oktober 1989 abgelehnt);

ein Arztehepaar (35, Dr., Oberarzt, Urologische Klinik; 33, Ärztin, Kinderklinik, beide Kreiskrankenhaus Bautzen) und 2 Kinder (9, 7).

- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:

Ein Hauptabteilungsleiter Forschung/Neue Technik (39, Dr., VEB Baumechanisierung Lengenfeld/Betrieb des Kombinats Baumechanisierung Dresden) mit Ehefrau (37, Abteilungsleiter im gleichen Betrieb) und Sohn (14).

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, BL 130-143

Blatt 134

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

BSU
000135
6

Mißbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland,
u. a.:

- 10 Ärzte, u. a.:

Ein Oberarzt (49, Dr., Bezirkskrankenhaus Cottbus).

- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:

Ein Abteilungsleiter (50, Dr., Institut "Manfred von Ardenne"
Dresden) mit Ehefrau (47, Montiererin, VEB PENTACON Dresden);

ein Diplomingenieur (47, Betriebsleiter, VEB Schraubenwerk Karl-
Marx-Stadt/Betriebsteil Freiberg, SED).

Mißbrauch von Dienstreisen, u. a.:

- Ein Diplomchemiker (36, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Charité Berlin/Institut für pathologische und klinische Biochemie)
unter Ausnutzung einer Dienstreise nach Westberlin;

- ein Funkoffizier (37, VEB DSR Rostock, MS "Cunewalde", SED) durch
Verlassen des Schiffes im Bereich der Schleuse Brunsbüttel/BRD).

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 29. Oktober 1989 haben bisher 9 753
Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen
Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR mißbraucht. Unter diesen
Bürgern befinden sich 1 143 Personen mit Hochschulausbildung, u. a.
202 Ärzte, 76 Zahnärzte, 221 Lehrer und 135 Personen aus den Berei-
chen Forschung und Entwicklung sowie 1 464 mit Fachschulausbildung,
darunter 541 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 170 Personen
aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen,
der Motive, begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Maß-
nahmen zur Rückgewinnung wurden eingeleitet.

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

BSTU
000136
7

Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft

In der Zeit vom 23. bis 29. Oktober 1989 ereigneten sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft der DDR insgesamt zwei bedeutsame Vorkommnisse.

Im einzelnen:

- Am 25. Oktober 1989, gegen 3.50 Uhr geriet die Reparaturwerkstatt des VEB Meliorationskombinat Neubrandenburg, Betriebsteil Dargun/Malchin/Neubrandenburg in Brand. Das Gebäude (Massivbauweise mit Wellasbesteindeckung) sowie die Werkstatteinrichtung wurden fast vollständig vernichtet.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 572 000 Mark (nach Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

Wie die Untersuchungen ergaben, war im unmittelbar angrenzenden Kohlelager feucht eingelagerte Mischkohle (hoher Abriebanteil) infolge Selbstentzündung in Brand geraten. Die Brandübertragung in die Reparaturwerkstatt erfolgte über die beide Gebäude verbindende hölzerne Dachkonstruktion.

Die weitere Bearbeitung, insbesondere zur Feststellung subjektiver Verantwortlichkeit, erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

- Am 26. Oktober 1989, gegen 5.00 Uhr kam es zum Brand einer Produktionshalle im VEB Lausitzer Holzindustrie in Ringenhain/Bischofswerda/Dresden, wodurch das Objekt einschließlich Maschinen und Anlagen vollständig vernichtet wurde.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 100 000 Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

In unmittelbarer Nähe eines Dampfheizkörpers (oberhalb einer Spanplattenpresse) hatte sich eine 60 bis 70 cm starke Holzstaubablagerung gebildet. Infolge Wärmeeinwirkung kam es durch einen Langzeitröstprozeß zu einem Glimmbrand und nachfolgendem Brandausbruch.

Die weitere Bearbeitung, insbesondere zur Klärung der Pflichtenlage, erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

	BSU 000137
<u>ANLAGE 1</u>	30. Oktober 1989
HINWEIS <u>über politisch motivierte anonyme/pseudonyme Gewaltandrohungen</u> Im Zusammenhang mit den bekannten auf Gewaltandrohung/-anwendung, auf direkte Konfrontation mit der Staatsmacht abzielenden Handlungen um den 40. Jahrestag der Gründung der DDR kam es auch zu einer hohen Anzahl von Vorkommnissen des Führens anonymer/pseudonymer Telefonanrufe und des Versendens entsprechender Briefe. Bezogen auf <u>Telefonanrufe</u> gab es in der ersten Oktoberwoche 51 und in den folgenden Wochen bis gegenwärtig (rückläufige Tendenz) 19, 16 sowie 11 Vorkommnisse. Dabei wurden Einrichtungen der Partei sowie Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und des MfS - jeweils auf Bezirks- und Kreisebene - staatlichen Organen sowie wirtschaftsleitenden und gesellschaftlichen Einrichtungen in der Hauptstadt sowie mehreren Bezirken und Kreisen Bomben-, Sprengstoff- und Brandanschläge sowie einzelnen Parteifunktionären persönlich Angriffe auf Leben und Gesundheit angedroht. In vielen Fällen wurden die Parteifunktionäre auch mit Kraftausdrücken beschimpft. Hinsichtlich der anonymen/pseudonymen <u>Briefe</u> gab es 17, 8, 1 bzw. 2 Vorkommnisse (ebenfalls rückläufige Tendenz). Die schriftlichen Drohungen waren in der Mehrzahl an Partei- und Staatsfunktionäre bzw. allgemein an Partei- und Staatsorgane (insbesondere Kreisleitungen der SED bzw. Räte der Kreise) adressiert. Die überwiegende Anzahl der Mord- und anderen Drohungen beinhaltete gleichzeitig Äußerungen, die sich gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR bzw. den Einsatz der Sicherungskräfte am 7. und 8. Oktober 1989 richteten bzw. war mit Forderungen nach Veränderungen und Reformen in der DDR verbunden.	

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 130-143

Blatt 137

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

ANLAGE 2 30. 10. 1989

BSU
000138

HINWEIS
auf einen Suizidversuch der Ehefrau des [REDACTED]
[REDACTED] in ihrem Wohnhaus in
[REDACTED]

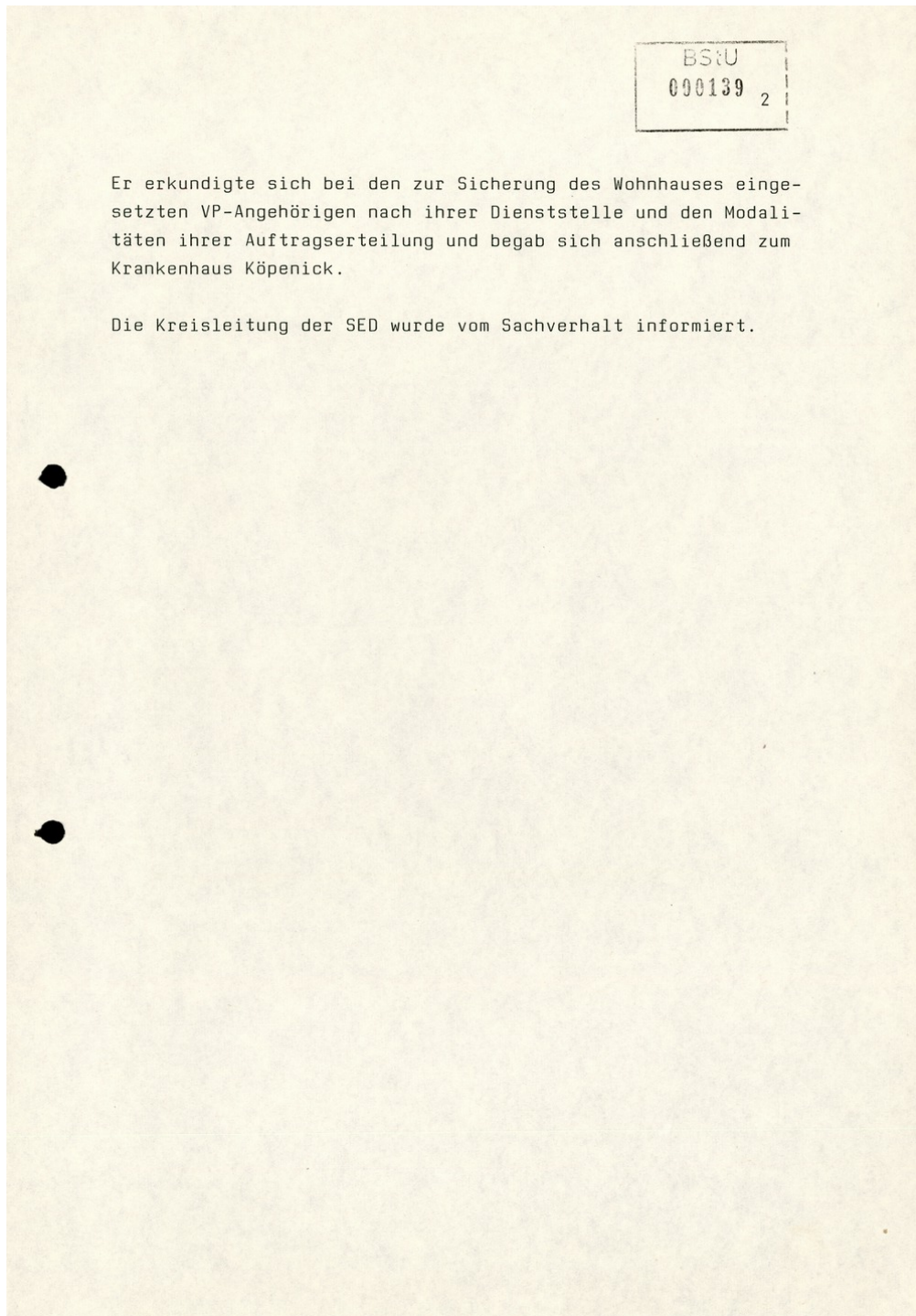
Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen erklärte die [REDACTED] am [REDACTED]
[REDACTED] gegen 23.30 Uhr gegenüber Bekannten in Westberlin, daß sie
am nächsten Tag nicht mehr erwachen würde. Die Westberliner Gesprächs-
partner setzten daraufhin unverzüglich das Rettungsamt der Haupt-
stadt in Kenntnis.

Am [REDACTED] trafen um 0.15 Uhr bzw. 0.35 Uhr zwei Einsatz-
fahrzeuge der Schnellen Medizinischen Hilfe am Ereignisort ein.
Durch das Rettungsamt Berlin wurde an die DVP ein Unterstützungs-
ersuchen zum Öffnen der Wohnungstür gerichtet. Beim Eintreffen des
Funkstreifenwagens befand sich das medizinische Personal bereits
im Wohnhaus, da es sich selbst Zugang verschaffen konnte.

Die [REDACTED] wurde in einem Sessel sitzend in nichtansprechbarem Zu-
stand vorgefunden. Nach erster medizinischer Behandlung konnte in
Erfahrung gebracht werden, daß sie gegen 21.30 Uhr Alkohol und Me-
dikamente (Faustan und Dormutil) zu sich genommen hatte. Um 0.53
Uhr erfolgte der Transport der [REDACTED] zum Krankenhaus Köpenick.
Laut Auskunft des behandelnden Arztes besteht für die [REDACTED] keine
Lebensgefahr.

Durch Aussagen der [REDACTED] wurde bekannt, daß sich der Ehemann in der
Erlöserkirche Berlin aufhält.

[REDACTED] traf am [REDACTED] um 1.00 Uhr in seinem Wohnhaus
ein.

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

ANLAGE 3 30. Oktober 1989

BSTU
000140

STRENG GEHEIM

Hinweise
zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von
Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und West-
berlin
(ohne Alters- und Invalidenrentner)

Berichtswoche: 23. 10. - 29. 10. 1989

Seit dem 1. Januar 1989 wurden durch die zuständigen Organe
Inneres der Räte Anträge auf ständige Ausreise nach der
BRD bzw. Westberlin für insgesamt 188 180 Bürger der DDR
entgegengenommen.
Davon reichten in der Berichtswoche 6 637 (7 767)^x Bürger
der DDR ihre Anträge bei den zuständigen Organen Inneres
ein.

26 Die meisten Antragsteller wurden bisher registriert in den
Bezirken Dresden/35 400 Personen, Karl-Marx-Stadt/29 409,
Berlin/23 696 und Leipzig/23 676.

3 Im Ergebnis der Gesprächsführung konnte seit dem 1. Januar 1989
bei 4 380 Antragstellern die Abstandnahme von ihrem Vorhaben
der ständigen Ausreise erreicht werden, davon 413 (424)
in der Berichtswoche.

Im Rahmen der Bearbeitung wurden seit dem 1. Januar 1989
auf der Grundlage der RVO die Ausreiseanträge von 26 423 Bürgern
der DDR abgelehnt, davon 20 (42) in der Berichtswoche.

x Klammerzahlen beziehen sich auf die Vorwoche

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, BL 130-143

Blatt 140

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

BSU 000141 2

Mit Genehmigung der zuständigen staatlichen Organe der DDR sind seit dem 1. Januar 1989 85 148 Bürger der DDR für ständig nach der BRD bzw. Westberlin ausgereist, davon 2465 (2 964) in der Berichtswoche.

Die Ausgereisten waren vorrangig wohnhaft in den Bezirken Dresden/15 893 Personen, Karl-Marx-Stadt/15 850, Berlin/12 383 und Leipzig/10 463.

(Bezirkliche Aufschlüsselung zu Antragstellern, Abstandnahmen, Ablehnungen von Anträgen und realisierten Ausreisen siehe Anhang).

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 130-143

Blatt 141

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

Anhang

Statistische Übersicht (Personen)

Zeitraum: 1. 1. 1989 bis 29. 10. 1989

	entgegenge- nommene Ausreise- anträge	Abstandnahmen	Ablehnungen	Ausreisen
Berlin	23 696	529	2 659	12 383
Cottbus	6 148	152	958	2 133
Dresden	35 400	692	8 155	15 893
Erfurt	12 686	308	1 858	5 033
Frankfurt/O.	4 924	133	855	1 870
Gera	12 566	263	997	6 272
Halle	13 100	318	1 396	5 685
K.-M.-Stadt	29 409	777	2 114	15 850
Leipzig	23 676	493	859	10 463
Magdeburg	5 960	158	2 154	1 557
Neubrandenburg	1 956	53	444	751
Potsdam	9 354	246	1 702	3 615
Rostock	4 496	88	1 336	1 913
Schwerin	2 741	70	585	959
Suhl	2 068	100	351	771
gesamt	188 180	4 380	26 423	85 148

BSU
090142

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl 130-143

Blatt 142

Wochenübersicht Nr. 44/89 vom 30. Oktober 1989

Anlage 4

30. Oktober 1989

BStU
000143

Übersicht

zum Stand der Bearbeitung von Rückkehrwünschen ehemaliger
DDR-Bürger (Zeitraum: 1. 1. bis 30. 10. 1989)

Dem MfS liegen Rückkehrwünsche von 368 (168)¹ ehemaligen DDR-Bürgern zur Bearbeitung und Entscheidung vor. (Zugang im Oktober 71 (11) Personen). Zu den Rückkehrwünschen der 368 ehemaligen DDR-Bürger wurden bisher folgende Entscheidungen getroffen:

- | | |
|--------------------------|--------------------|
| - Rückkehr stattgegeben | 106 (31) Personen |
| . davon bereits in die | |
| DDR zurückgekehrt | 30 (10) Personen |
| - in Bearbeitung | 258 (135) Personen |
| - schriftliche Rücknahme | |
| des Rückkehrwunsches | 4 (2) Personen |

Darüber hinaus kehrten 61 Personen in die DDR zurück, die in den BRD-Botschaften in Prag und Warschau Versuche unternahmen, eine Genehmigung ihrer Ausreise zu erpressen und in die BRD ausgewiesen wurden.

Übersicht

über die Anzahl der Personen, die nach ungesetzlichem Grenzübertritt in die DDR zurückgekehrt sind

Im Zeitraum vom 1. 1. bis 30. 10. 1989 kehrten 634 (150) Personen nach vorherigem ungesetzlichen Verlassen der DDR in die DDR zurück. Darunter sind 417 Personen, die über die UR die DDR ungesetzlich verlassen haben.

Unter den insgesamt zurückgekehrten Personen befinden sich 61 (46) Hochschul- bzw. Fachschulkader.

¹ Klammerwerte sind Vergleichswerte des Vorjahres.